

Die öffentliche Hand

Zeitung der Betriebsgruppe Öffentlicher Dienst
der Deutschen Kommunistischen Partei Hamburg

August 2012



Krankenpflege oder Fließband ? Arbeitsbedingungen in den privatisierten Kliniken

„Ich habe die Schwester gebeten, mir mein Brot zu schmieren, da ich fast nicht mehr sehen kann und meine Hände nicht gut bewegen kann. Sie habe dafür keine Zeit, da sie noch 10 andere Patienten betreuen müsse.“

Eine Patientin, die Hilfe benötigt und sie nicht bekommt. Unmenschlich!

Aber heute Realität in den privatisierten Krankenhäusern. Die Berichte über die Bedingungen der Pflege – egal ob von PatientInnen oder vom Pflegepersonal selbst – sie lassen einen schauern.

Seit Jahren wird eine öffentliche Klinik nach der anderen von privaten Unternehmen geschluckt – einzig, um mit der Gesundheit der Bevölkerung Profit zu machen. Mittlerweile sind ein Drittel der Krankenhäuser in der BRD in privater Hand.

Als Krankenschwestern in einer privatisierten Klinik erfahren wir am eigenen Leib, was es bedeutet, wenn zum Zwecke des Profits Personal abgebaut wird, Fallzahlen ge-

steigert, Liegezeiten verkürzt werden. Immer mehr PatientInnen werden von immer weniger Pflegekräften betreut.

In manchen Bereichen betreut heute eine Pflegekraft doppelt so viele PatientInnen wie vor 10 Jahren.

Was bedeutet das?

Unmenschliche Bedingungen für Patienten...

Wir haben oft keine Zeit mehr, die PatientInnen so zu versorgen, wie sie es benötigen.

Das fängt bei der Hilfe zur Körperpflege an: „3 – Punkt – Waschung“ (Gesicht, Achseln, Intimbereich) oder „Waschstraße“ sind heute übliche Begriffe. So widerlich sie sind, verraten sie doch viel über die Zustände. An manchen Tagen sind die Schichten so knapp besetzt, dass einige PatientInnen überhaupt keine Hilfe bei der Körperpflege erhalten.

Wenn 2 Pflegekräfte 30 oder mehr PatientInnen in einer Schicht betreuen, nachts sogar nur eine Pflegekraft, dann ist es oft

nicht möglich, auf Ereignisse sofort zu reagieren. Auf Patientenklagen kann nicht reagiert werden, manchmal müssen sie stundenlang in ihren Ausscheidungen liegen, auf Schmerzmittel oder andere Medikamente warten, bekommen keine Hilfe bei der Nahrungsaufnahme. Unerträglich der Gedanke, dass ein Patient, der Luftnot hat, nicht sofort Hilfe bekommt, weil grad keine Pflegekraft Zeit für ihn hat. Zeit zu haben, um den PatientInnen zuzuhören, auf ihre Ängste und Bedürfnisse wirklich einzugehen ist schon lange ein „Luxus vergangener Zeiten“. Viele sind nach einem Krankenhausaufenthalt regelrecht traumatisiert. Da wird auch deutlich, dass hinter den Zahlen, mit denen die Unternehmen rechnen, konkrete Menschen und ihre Schicksale stehen.

...und für Pflegekräfte...

Auch für die Pflegekräfte sind diese Bedingungen unerträglich. Durch die Arbeitsverdichtung entsteht enormer Druck und Stress, oft können keine Pausen gemacht werden, es häufen sich Überstunden an, viele springen auch an freien Tagen noch ein. Unter solchen Voraussetzungen können schnell Fehler passieren, die fatale Folgen für die PatientInnen haben können. Wir wissen, dass die Angst davor, Fehler zu machen mittlerweile viele Pflegekräfte ständig begleitet.



Die mangelnde Sicherheit wird von den Geschäftsführungen eiskalt eingerechnet, auf die vielen Gefährdungsanzeigen wird einfach nicht reagiert.

Viele Pflegekräfte resignieren daher, werden krank oder ziehen sich ganz aus dem Pflegeberuf zurück.

Eine Perspektive, etwas an den vorhandenen Zuständen ändern zu können sehen viele nicht.

Aber bei vielen wächst auch die Wut und das Bedürfnis, sich für bessere und menschliche Bedingungen in den Krankenhäusern einzusetzen. Bisher sind im Pflegebereich noch wenige KollegInnen gewerkschaftlich organisiert. Auf diejenigen, die gewerkschaftlich aktiv werden, wird z. T. enormer

Druck seitens der Vorgesetzten oder der Geschäftsführungen ausgeübt. Je größer die Wut bei den KollegInnen wird und je deutlicher sie zeigen, dass sie sich zusammenschließen, desto deutlicher wird die Gewerkschaftsfeindlichkeit der Krankenhausunternehmen.

...machen unsere Organisation notwendig!

Um aber Bedingungen zu erkämpfen, die eine menschliche Pflege möglich machen, ist es unabdingbar, dass wir als KollegInnen uns massenhaft organisieren und unserer Wut und unseren Forderungen in den Betrieben und auf der Straße Gehör verschaffen. Zunächst geht es dabei natürlich darum, die Arbeitsbedingungen zu verbessern.

Darüber hinaus beinhaltet unser Verständnis von Klassenkampf jedoch ebenso, dass der Kampf in den Betrieben für menschliche Arbeitsbedingungen und der Kampf für bessere Lebensbedingungen der arbeitenden Klasse – also auch für eine gute Gesundheitsversorgung – untrennbar miteinander verbunden sind.

Die Notwendigkeit, das Bewusstsein dafür bei den KollegInnen in unseren Betrieben zu schaffen und Gewerkschaft aufzubauen, ist für uns einer der Gründe, warum wir unter diesen Bedingungen unsere Arbeit als Pflegekräfte noch nicht aufgegeben haben. Wir werden weiter kämpfen und nicht aufgeben bis wir Bedingungen geschaffen haben, die menschenwürdige Pflege für alle möglich machen!

Was heißt eigentlich... Lohn?

Wenn wir im Kapitalismus arbeiten, so werden wir nicht für unsere Arbeit bezahlt, sondern nur für unsere Arbeitskraft. Das ist ein wichtiger Unterschied. Wir erhalten nämlich nicht das an Geld, was wir an Werten herstellen, sondern wir erhalten in der Regel nur so viel, wie für die Herstellung und Wiederherstellung unserer Arbeitskraft not-

wendig ist. Das schließt auch so etwas ein wie Urlaub, Erholung und Bildung. Das heißt wir werden nur für einen Teil unserer Arbeitszeit bezahlt, den Rest, den Marx als Mehrwert bezeichnet, eignet sich der Kapitalist an. Neben der Besonderheit, dass unsere Arbeitskraft eine Ware ist, die Wert schafft, gibt es noch etwas, was sie von anderen

Waren im Kapitalismus unterscheidet: der Wert unserer Arbeitskraft – oder etwas vereinfacht ausgedrückt unser Lohn – ist außerdem von historischen und moralischen Elementen abhängig. Das heißt, dass es auch von unseren Kämpfen abhängt, was das gesellschaftliche Maß dafür ist, was der Mensch zum Leben braucht.

Die **Deutsche Kommunistische Partei (DKP)** wurde 1968 gegründet und setzt sich seit dem aktiv für eine bessere Gesellschaft ein. Wir sind ein Teil der Kämpfe der Arbeiterklasse um mehr Lohn und bessere Arbeitsbedingungen, der Kämpfer der SchülerInnen und Studierenden für mehr Bildung und den freien Zugang zu ihr und der Kämpfe junger Menschen um eine qualifizierte Ausbildung.

Wir wollen eine Gesellschaft, in der die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung im Mittelpunkt steht und nicht die Profitinteressen der Konzerne. Wir meinen, diese Gesellschaft kann es nur geben, wenn die aktuellen bestehenden Eigentums- und Machtverhältnisse in Frage gestellt und geändert werden. Dafür wollen wir kämpfen – kämpfen für eine gerechte Gesellschaft - für den Sozialismus!

www.dkp-hamburg.de

Impressum: "Öffentliche Hand" ist die Zeitung der Sammelbetriebsgruppe Öffentlicher Dienst der DKP Hamburg. Die Sammelbetriebsgruppe ÖD trifft sich jeden 1. Montag im Monat im MTZ um 18:00 Uhr. Zuschriften bitte an "Öffentliche Hand", DKP, Magda-Thürey-Zentrum (MTZ) Lindenallee 72 in 20259 Hamburg.

ViSdP: Olaf Harms, Hamburg

Solidarität mit... den Beschäftigten im Gesundheitswesen

Arbeit und Kämpfe im Gesundheitswesen

Die Unzufriedenheit und die Wut wächst bei den Beschäftigten in den Krankenhäusern und damit auch die Bereitschaft, sich gewerkschaftlich zu organisieren und sich an Arbeitskämpfen zu beteiligen. In den letzten zwei Jahren gab es bundesweit bedeutende Arbeitskämpfe im Gesundheitswesen. Der wochenlange Tarifkampf der KollegInnen an der Charité und bei CFM (Charité Facility Management) in Berlin für eine Anpassung ihres Lohnniveaus, der erfolgreiche Kampf für einen Tarifvertrag der KollegInnen der privatisierten Pflegeheime Alpenland in Berlin und Pflegen und Wohnen in Hamburg, der erfolgreiche Warnstreik der Beschäftigten der Asklepios Kliniken Hamburg und der zermürbende aber zuletzt erfolgreiche Tarifkampf der Dampklinikbeschäftigten in Schleswig Holstein und Hamburg (um nur einige zu nennen)



zeigen das eindrücklich.

Angriffe auf das Streikrecht sind die Antwort der Unternehmen

Es fällt auf, dass es sich zumeist um gewerkschaftliche Abwehrkämpfe handelt, mit denen verschlechterte Arbeitsbedingungen zurückgedrängt werden müssen. Die Gewerkschaften

und die organisierten KollegInnen stehen mehr und mehr gewerkschaftsfeindlichen Unternehmen gegenüber und werden oft „überrascht“ von deren harten Vorgehen. Besonders gut deutlich wird dies an der erst kürzlich beendeten Tarifrunde an den Damp Kliniken. Noch während der Tarifrunde kündigte der Arbeitgeber 1000 KollegInnen der Zentralen Service Gesellschaft (ZSG). Einen solchen massiven Angriff auf das Streikrecht hat es in Tarifikämpfen im Gesundheitswesen in der BRD bisher nicht gegeben.

Organisierung und Solidarität ist unsere Antwort an sie

Die KollegInnen hielten zusammen, streikten weiter und es beteiligten sich immer mehr. Auch entstand schnell eine breite Solidaritätsbewegung aus Gewerkschaften, Parteien und anderen Organisationen. Am 30.Juni gab es in Kiel eine Solidaritätsdemonstration, an der sich über 3500 Menschen beteiligten. Kurz darauf schloss ver.di den Tarifvertrag mit den Arbeitgebern ab, die Kündigungen der 1000 KollegInnen wurden zurückgenommen – zumindest für 18 Monate werden die KollegInnen zu ihren alten Konditionen weiterbeschäftigt.

Der Druck, den die streikenden Klinikbeschäftigten und die Solidaritätsbewegung erzeugen konnten, hat das möglich gemacht.

Lernen durch den Kampf

Ein Erfolg ist das ganz sicher, dennoch bleibt die Frage, ob die KollegInnen nicht noch mehr hätten erreichen können. Denn eine Lohnerhöhung wurde z.B. nur für die KollegInnen in den Akutkliniken abgeschlossen. Auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzung hat die Gewerkschaft diesen Abschluss mit Kompromissen gemacht. In Kämpfen wie diesen scheint das

Vertrauen der Entscheidungsträger in die eigene Stärke und die Entwicklung von Kampfkraft während laufender Auseinandersetzungen schnell erschöpft. Erklären lässt sich das teilweise vor dem Hintergrund, dass es im Gesundheitsbereich nur wenig Erfahrung mit harten Tarifauseinandersetzungen und kaum Erfahrungen mit langen Erzwingungsstreiks gibt.

Es wird unerlässlich sein, dass von der gewerkschaftlichen Basis, den organisierten KollegInnen in den Betrieben auch hier Druck ausgeübt wird, um solche Entscheidungen in Zukunft besser mitbestimmen zu können.

Denn damit sich ein Bewusstsein entwickeln kann über die Notwendigkeit gewerkschaftlicher Organisierung und die Macht, die daraus entsteht, ist es wichtig, dass die KollegInnen erfahren, was es bedeutet, gemeinsam für ihre Sache zu kämpfen, im Kampf voneinander zu lernen und Solidarität zu erfahren. Deswegen wird es unerlässlich sein, kommende Arbeitskämpfe im Gesundheitswesen konsequent zu führen, mit langem Atem, wenn es sein muss – und mit voller Zuversicht in die dort beschäftigten und kämpfenden KollegInnen. Und damit kann es gleich losgehen:

Aktuell befinden sich die KollegInnen der Asklepios Nordseeklinik auf Sylt im Arbeitskampf. Asklepios droht damit, eher den Rehabereich ihrer Klinik zu schließen, als sich auf die Tarifforderungen einzulassen. Also: Auf zum Kampf und solidarische Grüße an die Streikenden auf Sylt!

Mehr Infos:

<http://www.asklepios-watch.de/>

http://gesundheitssoziales.hamburg.verdi.de/krankenhaeuser/landesbetrieb_krankenhaeuser_gmbh

Die Geschichte der Privatisierung der Hamburger Krankenhäuser

1981 wurden zehn städtische Krankenhäuser in Hamburg in den Landesbetrieb Krankenhäuser (LBK) zusammengefasst. Damit war eine größere politische und finanzielle Eigenständigkeit gegeben.

1993 wird bundesweit für die Krankenhäuser die Selbstkostendeckung aufgehoben, das bedeutet, dass die Ausgaben nicht mehr automatisch ausgeglichen werden und Gewinne, aber auch Verluste gemacht werden können.

Der Druck auf die Beschäftigten wächst

Der Hamburger Senat wandelte den LBK 1995 in eine rechtlich und finanziell selbständige „Anstalt öffentlichen Rechts“ um. Damit begann ein umfassender Umgestaltungsprozess. Eine Klinik wird geschlossen, zwei fusionieren, eine weitere wird teilverkauft. Dann folgt das Ausgliedern (Outsourcen) der Reinigung, der Apotheken und der Wäscherei sowie die Zentralisierung der Ausbildung, des Gebäudemanagement und des Einkaufs.

Gefährlich für die Patienten

Der Prozess der Privatisierung wurde 2004 dann durch die Einführung des Fallpauschalensystems in Deutschland weiter beschleunigt. Die Krankenhäuser bekommen nun für jede Erkrankung eine Pauschale, egal wie lange der Patient braucht, um geheilt zu werden.

Ab diesen Zeitpunkt war es für die Krankenhäuser lukrativ die Patienten möglichst schnell zu entlassen.

Stellenabbau

All dies verhinderte nicht, dass der LBK enorme finanzielle Probleme bekam, unter anderem dadurch, dass große Summen für die Altersversorgung auch der ehemals Beschäftigten fortlaufend gezahlt werden mussten. Der Schuldenberg wuchs.

Personalkosten spielen im Gesundheitswesen logischerweise eine große Rolle. Aus diesem Grund erfolgten große Einschnitte auf Kosten der Kolleginnen und Kollegen. Zwischen

1995 und dem Jahr 2005 nahmen die Beschäftigten in den Hamburger Krankenhäusern von ehemals knapp 15.500 auf 9.800 ab. Dieser Stellenabbau fand unter Einbeziehung und teilweise Billigung der Gewerkschaft statt, weil es auf der anderen Seite zu einer hart umkämpften Betriebsvereinbarung kam, mit der der Tarifvertrag unangetastet blieb und es zu keinen betriebsbedingten Kündigungen kam.

Den Verkauf der Kliniken konnten diese Zugeständnisse allerdings, wie die Beschäftigten in vielen ähnlichen Fällen ebenso schmerzhaft erfahren mussten, nicht verhindern.

Der Verkauf gegen den Willen der Hamburger

Durch den Regierungswechsel im Jahr 2001 (von einem SPD zu einem CDU geführtem Senat) wuchs neben dem finanziellen auch der politische Druck den LBK zu privatisieren. Um dieses zu verhindern, initiierten Gewerkschaften und andere soziale und politische Bewegungen die Volksinitiative „Gesundheit ist keine Ware“.

Der letzte Schritt dieser Initiative war der Volksentscheid im Februar 2004 parallel zur Bürgerschaftswahl. 76,8 % der Abstimmenden sprachen sich gegen den Verkauf aus. Die wiedergewählte konservative Regierung setzte sich über diese klare Aussage hinweg und verkaufte den LBK in zwei Schritten zu 74,9 % an die Asklepios Kliniken des Unternehmers Dr. Bernhard Broermann. Mittlerweile gehört dieser Konzern mit 106 Häusern im Land, etlichen im Ausland und einem Jahresumsatz von 2,5 Milliarden Euro (2011) zu den größten Klinikbetreibern in Deutschland und Herr Broermann selber besitzt mittlerweile ein Milliardenvermögen und gehört seit ein paar Jahren zum erlauchten Club der Fünfzig Reichsten Deutschen (laut Forbes).

Die Hamburger zahlen drauf

Die Stadt bzw. die Hamburger trugen die alten Schulden des LBK von fast 700 Mio. Euro.

Der Verkaufspreis betrug 319 Mio.

Euro, von denen 118 Mill. Euro aber erst bei einem erfolgreichen Börsengang fällig würden. Von den verbleibenden ca. 200 Millionen gingen nur 19,2 Mill. Euro von Asklepios direkt an die Stadt, der Rest wurde durch Kredite beglichen mit denen die Krankenhäuser selbst belastet wurden. Die Stadt musste mittlerweile an den Asklepios – Konzern 77,2 Mio. Euro Kompensationszahlungen leisten, da das vertraglich garantierte Umlaufvermögen unterschritten wurde. So kommt es, dass die Bürger der Stadt Hamburg für diesen von ihnen in Mehrheit abgelehnten Verkauf ihrer Krankenhäuser auch noch draufzahlen mussten.

Und jetzt müssen die Hamburger nicht nur den eigentlichen Betrieb der Krankenhäuser unter anderem mit ihren Krankenkassenbeiträgen bezahlen, sondern auch noch die üppigen Gewinne des Krankenhausbetreibers (Konzernjahresüberschuss der Asklepios Kliniken Hamburg 2009: 26,1 Mill. Euro und 2010: 52,8 Mill. Euro).

Und die Beschäftigten zahlen mit immer mehr Stress durch immer weniger Personal, Leiharbeit, Gehaltssenkungen und verschlechterten Arbeitsbedingungen für diese Verschleuderung von öffentlichen Vermögen.



AUCH IM ALTER EIGENE WEGE GEHEN : MIT DEM NEUEN OFFROADER GTM SENIOR STAR I